

Vaterland-Interview

mit S. D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein

anlässlich des 62. Geburtstages

Mittwoch, 14. Februar 2007

Mit Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein sprach Günther Fritz

Fürst Hans-Adam II. feiert heute seinen 62. Geburtstag. Aus diesem Anlass unterhielten wir uns mit ihm über seinen Job als Vermögensverwalter, seine Leidenschaft als Kunstsammler, die Rahmenbedingungen für den Finanzplatz und weitere Themen.

Durchlaucht, vor zweieinhalb Jahren haben Sie die Aufgaben des Staatsoberhauptes an Ihren Stellvertreter, Erbprinz Alois, übertragen. Wie beurteilen Sie die Amtsführung Ihres Sohnes?

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein: Ausgezeichnet. Er hat eine Reihe von notwendigen Reformprojekten in Angriff genommen worden, die gut vorankommen. Das freut mich sehr.

Wie intensiv wird in wichtigen politischen Fragen der Rat des Vaters vonseiten des Sohnes beansprucht?

Da hat sich im Stil innerhalb unserer Familie nicht viel geändert. Wichtige politische Fragen haben wir immer generationsübergreifend miteinander besprochen. Dies galt und gilt natürlich besonders zwischen Vater und Sohn. Das war schon so, als mein Vater Staatsoberhaupt war und ich nur Erbprinz ohne staatliche Funktion, aber auch danach, als ich sein Stellvertreter war. Und heute ist dies zwischen meinem Sohn und mir nicht anders.

Wie sieht Ihre persönliche Bilanz nach zweieinhalb Jahren in der «Pension» aus?

Ich bin jetzt wieder in meinem alten Job, der Vermögensverwaltung, tätig, was mir viel Spass und Freude bereitet. Unsere Unternehmen sind international gewachsen und deren Betreuung ist mit vielen Reisen verbunden.

Und die Geschäfte laufen gut?

Die Geschäfte laufen gut. Bei LGT ist dies bekannt, da publizieren wir ja die Zahlen. Aber auch in den anderen Bereichen läuft es recht gut. Es gibt bei so vielfältigen Geschäftsfeldern natürlich immer wieder grössere und kleinere Sorgenkinder, um die man sich kümmern muss.

Eines Ihrer vielfältigen Geschäftsfelder ist ja das Liechtenstein Museum in der Museumsstadt Wien. Wie hat sich dessen Betrieb seit der Eröffnung im März 2004 in Bezug auf die Besucherzahlen und die internationale Aufmerksamkeit entwickelt?

Was die Besucherzahlen betrifft, haben wir unsere Ziele bei weitem nicht erreicht. Wir sind damals zu optimistisch davon ausgegangen, dass man an die Besucherzahlen anknüpfen kann, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg waren. Da lagen wir in etwa auf der Höhe des Kunsthistorischen Museums. Diese Annahme erweist sich aus heutiger Sicht als unrealistisch.

Hinzu kommen gewisse Nachteile, mit denen wir bisher zu kämpfen hatten. So gab es im vergangenen Jahr eine grosse Baustelle vor dem Liechtenstein Museum, sodass man nicht einmal mehr mit dem Taxi vorfahren konnte, geschweige denn mit Bussen. Ausserdem gilt es weiter zu berücksichtigen, dass es lange braucht, bis ein Museum in den verschiedenen inländischen und ausländischen Reiseführern und Kunstführern präsent ist. Was hingegen sehr gut läuft, sind die Event-Angebote und Sonderführungen. Hier hat sich die Nachfrage besser entwickelt, als wir erwartet haben. Wir werden sehen, wie sich das Ganze in Zukunft entwickeln wird.

Sie haben auf die geringeren Besucherzahlen ja bereits reagiert und die Öffnungszeiten eingeschränkt. So ist das Liechtenstein Museum jetzt nur noch von Freitag bis Montag, 10 bis 17 Uhr, geöffnet. Wie sieht es vor diesem Hintergrund mit der Wirtschaftlichkeit des Museumsbetriebes aus?

Wir mussten natürlich ein erhebliches Defizit verzeichnen. Dieses konnte durch die Reduzierung der Öffnungszeiten vermindert werden. Wir werden jetzt abwarten, ob das Konzept mit diesen Öffnungszeiten aufrecht erhalten werden kann.

Ein Publikumsmagnet dürfte sicherlich «das wertvollste Möbel der Welt», das «Badminton Cabinet», sein. Inwieweit planen Sie, die Fürstlichen Sammlungen auch in Zukunft mit sensationellen Neuerwerbungen ähnlicher Dimension zu bereichern?

Die Fürstlichen Sammlungen mussten im Laufe des 20. Jahrhunderts aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ja ziemlich hohe Verluste hinnehmen. In der heutigen Situation, in der es uns finanziell wieder gut geht, kaufen wir Kunstobjekte hinzu, weil ich der Auffassung bin, dass wir die entstandenen Lücken, soweit das überhaupt möglich ist, auffüllen sollten.

Inwieweit es sich um spektakuläre Objekte handelt, muss die Öffentlichkeit beurteilen. Wir haben ein weiteres, sehr schönes Möbelstück mit Pietra-Dura-Arbeiten gekauft. Dieses Stück ist kleiner und war Gott sei Dank auch nicht so teuer wie das Badminton Cabinet. Aus kunsthistorischer Sicht ist es aber fast so wichtig. Im Bereich der Gemälde und Skulpturen kaufen wir ebenfalls wichtige Kunstwerke hinzu.

Als Besitzer einer global tätigen Bank sind Sie natürlich auch persönlich an guten Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Liechtenstein interessiert. Die Regierung hat vor Kurzem einen zweiten Anlauf genommen, um im Rahmen eines Projekts «Zukunft Finanzplatz Liechtenstein» eine Gesamtstrategie unter

Berücksichtigung der produzierenden Wirtschaft zu entwickeln. Was erwarten Sie sich von diesem Projekt?

Da erwarte ich mir doch recht viel. Ich möchte aber vorausschicken, dass wir in den letzten Jahren viele Reformen durchgezogen haben, die wichtig, ja fast lebenswichtig für den Finanzplatz sind. Ich stimme darin überein, dass der Finanzplatz künftig integral, das heisst in seiner Gesamtheit gesehen werden muss. Es sind viele Faktoren, die da eine Rolle spielen: so die Steuern und mit den Steuern hängen wiederum andere Bereiche zusammen, wie das Stiftungsrecht, der Finanzausgleich, die Altersvorsorge usw.

Ich bin insbesondere davon überzeugt, dass wir eine Steuerreform brauchen. Wir hatten in der Vergangenheit ein gutes Steuersystem, das sich über Jahrzehnte bewährt hat und ein entscheidender Motor für den Finanzplatz war. Die internationalen Rahmenbedingungen haben sich aber wesentlich geändert. Um auch in Zukunft international wettbewerbsfähig zu sein, müssen wir den ganzen Steuerbereich neu überdenken. Dabei geht es nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes, sondern zum Beispiel auch um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Ich denke dabei nur an die Fragen der Doppelbesteuerungsabkommen, die gerade für die Industrie sehr wichtig sind.

Die Steuerrechtsreform, mit der sich derzeit eine Projektgruppe befasst, ist ja ein altes Anliegen von Ihnen. Welche Ziele sollten nach Ihrer Ansicht bei der Totalrevision des Steuerrechts verfolgt werden?

Einmal müsste es ein Steuersystem sein, das international kompatibel ist. Weiter müsste es für den Einzelnen, sei dies eine Privatperson oder sei dies ein Unternehmen, berechenbar sein. Das heisst, mit der Reform sollte auch die Sicherheit geschaffen werden, dass das neue Steuerrecht über längere Zeiträume hinweg unverändert bleibt. Zudem sollte das neue Steuersystem einfacher, transparenter und vom Ausland aus weniger angreifbar werden. Das sind in etwa die Kernpunkte der Reform. Hinzu kommen dann auch Fragen, wie zum Beispiel: Welche Steuern wollen wir und wie sollen sie erhoben werden? Oder wie ist nachher die Zuteilung dieser Steuereinkünfte zwischen dem Land auf der einen und den Gemeinden auf der anderen Seite? Die Steuerreform bedeutet also insgesamt eine ziemlich grosse Herausforderung.

Sie haben in der Vergangenheit immer wieder die «Flat Tax» als mögliches Modell für eine Steuerreform ins Spiel gebracht. Ist das nach wie vor ein Thema für Sie?

Ich halte die Flat Tax im Grunde genommen für das einzig vernünftige Modell.

In der Öffentlichkeit wird die Flat Tax in der Regel falsch verstanden und mit der Vorstellung verbunden, dass alle - ob arm oder reich – prozentual gleich viel Steuern zahlen. Diese Vorstellung ist falsch. Bei einer Flat Tax zahlen Menschen mit hohem Einkommen nicht nur absolut, sondern auch prozentual mehr Steuern als solche mit niedrigem Einkommen, und zwar aufgrund der Freibeträge, die unbesteuert bleiben.

So wie ein Steuersystem mit unterschiedlichen Steuersätzen, kann auch eine Flat Tax mit Freibeträgen progressiv gestaltet werden. Der Vorteil der Flat Tax besteht

darin, dass es ein sehr viel einfacheres Steuersystem ist und damit ein gerechteres Steuersystem. Je komplizierter ein Steuersystem ist, desto grösser ist der Vorteil jener Personen, die sich einen guten Steuerberater leisten können.

Längerfristig sollte man mit einem solchen System die Steuern senken können, weil es mehr Anreize für Leistung bietet.

Parallel zur Steuerrechtsreform wird ja derzeit sehr intensiv an der Stiftungsrechtsrevision gearbeitet, welche demnächst in Vernehmlassung geschickt werden soll. Wie beurteilen Sie die Chancen, bei diesem erneuten Anlauf ein zukunftsweisendes Stiftungsrecht zu schaffen?

Ich glaube, die Chancen stehen diesmal ganz gut. Die verschiedensten Anregungen zum Entwurf der Vorgängerregierung wurden in den neuen Entwurf eingearbeitet.

Das bestehende Abkommen zwischen der US-Steuerbehörde und den Liechtensteiner Banken in Bezug auf den «Qualified Intermediary»-Status läuft 2008 aus. Inwieweit besteht die Gefahr, dass die USA zusätzliche Bedingungen an eine Verlängerung des QI-Status knüpfen, etwa im Bereich der Amtshilfe?

Diesbezüglich müssen wir gegenüber den USA hart bleiben und ihnen zu verstehen geben, dass wir in jenen Fällen, bei denen es sich auch bei uns um strafrechtlich relevante Tatbestände handelt, selbstverständlich gerne mit ihnen zusammenarbeiten. Aber wir werden sicher nicht bei Steuerfällen nachgeben, die bei uns strafrechtlich nicht relevant sind. Wir werden nicht der verlängerte Arm der amerikanischen Steuerbehörden sein. Die Amerikaner müssen die Souveränität unseres Landes respektieren, genau so wie sie ja wünschen, dass ihre Souveränität respektiert wird.

Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit den USA bei der internationalen Terrorismusbekämpfung?

Das ist in der heutigen Zeit ein ganz zentrales Thema. Selbstverständlich sind wir bei der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung an einer guten Zusammenarbeit mit den USA interessiert.

Der leitende Staatsanwalt, Robert Wallner, hat in einem kürzlich erschienenen Interview gesagt, dass die Rechtshilfe in den meisten Verfahren sehr gut funktioniere. In einigen Fällen sei die Verfahrensdauer inzwischen aber auch unter dem neuen Gesetz wieder unakzeptabel lang. Vom Einlangen des Ersuchens bis zur Ausfolgung von Kontounterlagen würden mehr als zwei Jahre vergehen, in Einzelfällen auch über drei Jahre. Sehen Sie hier erneut gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

Wir müssen genau überprüfen, inwieweit man das Rechtshilfeverfahren vereinfachen und beschleunigen kann. Soweit ich das beurteilen kann, stehen wir mit zwei, drei Jahren Rechtshilfedauer international immer noch relativ gut da. Dies gilt gerade auch im Vergleich mit den USA, wo Rechtshilfeersuchen teilweise jahrelang liegen bleiben. Auf der einen Seite möchten die USA also sofort entsprechende Informationen erlangen, umgekehrt nehmen sie sich dann sehr viel Zeit, um

Rechtshilfe zu leisten. In den begründeten Fällen sind wir selbstverständlich sehr daran interessiert, schnell Rechtshilfe leisten zu können. Im Grossen und Ganzen brauchen wir diesbezüglich den Vergleich mit anderen Staaten sicherlich nicht zu scheuen.

Liechtenstein wird frühestens in der zweiten Hälfte 2008 dem Schengen-Abkommen beitreten und sich damit zur Rechtshilfe im Falle von Steuerbetrug verpflichten. Im Sinne eines Ausbaus des Schengen-Rechts hat die EU das Haager Programm ins Leben gerufen, womit sie den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten vertiefen will. Inwieweit kommen mit der Bestimmung, wonach Strafverfolgungsbeamte grenzüberschreitend bestimmte Daten einfordern können, neue Gefahren auf das Liechtensteiner Bankgeheimnis zu?

Man wird sehr genau aufpassen müssen, wie das in der Praxis aussieht. Beim Steuerbetrug geht es ja im Wesentlichen um fiktive Geschäfte, bei denen sich Betrüger Umsatzsteuer- und Mehrwertsteuerrückvergütungen im grossen Stil erschleichen. So werden beispielsweise ganze Wagon- oder Schiffsladungen von Butter oder anderen Gütern nur auf dem Papier verschoben. In solchen Fällen müssen wir natürlich Rechtshilfe leisten. Aber die Privatsphäre des Einzelnen muss geschützt bleiben. Da darf man auch keine Kompromisse eingehen.

Wie beurteilen Sie die Tätigkeit der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) im beginnenden dritten Berichtsjahr?

Soweit ich das beurteilen kann, läuft es nicht schlecht. Die FMA befindet sich teilweise noch in einer Lernphase. Da gibt es nun einmal da und dort Reibereien und Kritik. Probleme müssen einfach ausdiskutiert und das System ständig verbessert werden.

Wo sehen Sie den optimalen Mix zwischen einer guten Finanzmarktaufsicht und einer Überreglementierung, die sich im Wettbewerb mit anderen Finanzplätzen nachteilig auswirken könnte?

Das ist schwer zu sagen. Die Situation auf dem Finanzplatz ändert sich ständig. Es kommen immer wieder neue Produkte hinzu. Der Finanzbereich ist ein sehr innovativer Teil der Wirtschaft. Da muss man natürlich auch in der Aufsicht innovativ sein. Dann fehlen eben manchmal die entsprechenden Erfahrungen. Das eine Mal schießt man übers Ziel hinaus, das andere Mal schießt man zu kurz. Ausserdem werden Risiken einmal überbewertet und ein anderes Mal unterbewertet. Die Finanzmarktaufsicht steht angesichts des rasanten Wandels in einer globalisierten Weltwirtschaft vor einer grossen Herausforderung.

Was bedeutet der geplante Beitritt Liechtensteins zum Dublin-Raum, in welchem jeweils nur ein Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens verantwortlich ist, für die künftige Asylpolitik?

Wir haben den grossen Vorteil, dass man nach Liechtenstein nur über unsere beiden Nachbarländer gelangen kann, die im Gegensatz zu uns über Flugplätze verfügen. Österreich und die Schweiz sind deshalb in der Regel die Erstasyländer. Auch wenn die Asylsuchenden auf dem Landweg zu uns finden, müssen sie über eines dieser

beiden Dublinländer hereinkommen. Aus dieser Sicht befinden wir uns in einer recht komfortablen Situation. Natürlich gibt es Fälle, bei denen man nicht so genau eruieren kann, aus welchem Erstasylland die Asylsuchenden kommen. Wir müssen uns bewusst sein, dass die ganze Asylfrage in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich noch weiter an Brisanz zunehmen wird. Dies aufgrund der zunehmenden Mobilität der Menschen und nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass in vielen Ländern die Zukunftsaussichten für die Menschen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sehr schlecht sind.

Wie stellen Sie sich für die Zukunft eine optimal auf die Bedürfnisse der liechtensteinischen Wirtschaft abgestimmte Migrations- und Integrationspolitik vor?

Wir können hier nicht ohne Weiteres volle Freizügigkeit gewähren. Das würde selbst in den EU-Staaten nicht überall auf Gegenliebe stossen, weil wir dann ja auch die Steuerflüchtlinge unbegrenzt aufnehmen würden. Dadurch besteht ein gewisses Interesse seitens der EU, dass wir Beschränkungen aufrechterhalten. Wir haben heute ein Modell, das mit der EU abgesprochen ist und einigermaßen zu funktionieren scheint. Meiner Meinung nach könnte man die Zahl der Zulassungen noch ein bisschen aufstocken. Wichtig ist dabei vor allem, dass wir die Menschen, die ein Interesse an einem ständigen Aufenthalt haben sowie integrationswillig und -fähig sind, tatsächlich integrieren.

Das heisst, Sie möchten der Wirtschaft entgegenkommen, die ja immer wieder Interesse an mehr qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland bekundet?

Ja, es wäre für die Wirtschaft sicher von Vorteil, wenn wir noch ein bisschen liberaler wären als wir es heute sind. Ich könnte mir vorstellen, dass dies innenpolitisch verkraftbar wäre. Es ist nicht leicht, den idealen Mittelweg zu finden. Auf der anderen Seite muss man auch sehen, dass die restriktive Politik der vergangenen Jahrzehnte dazu beigetragen hat, dass sich unsere Unternehmen frühzeitig internationalisiert haben und im Ausland mit eigenen Firmen und Produktionsstätten tätig wurden. Diese Internationalisierung hat sich umgekehrt wiederum positiv auf den Standort Liechtenstein ausgewirkt.

Erwarten Sie von der Wirtschaftspolitik, gezielte staatliche Standortförderung zu betreiben?

Nein, ich bin immer schon ein Gegner von staatlicher Standortförderung gewesen. Die Erfahrungen in Staaten, die eine bewusste Standortpolitik betrieben haben, sind mit wenigen Ausnahmen negativ.

Ausnahmen bestehen in einigen Gebieten, wo es gute und verhältnismässig billige Arbeitskräfte gibt. Mit dem Angebot von billigen erschlossenen Grundstücken ist es dort gelungen, Unternehmen heranzuziehen. Ich denke da an Beispiele von erfolgreichen Ansiedlungen der Automobil- und Zulieferindustrie in bestimmten Landstrichen der USA.

In der Regel schadet aber eine gezielte Standortförderung. Denn irgendwer muss das ja auch bezahlen. Wenn man neu zuziehenden Unternehmen Steuervorteile oder billige Grundstücke zur Verfügung stellt, muss das auf der anderen Seite finanziert werden. Und dies geht meistens zulasten der bestehenden gesunden

Unternehmen. Hier ist Zurückhaltung angebracht. Gerade bei der sehr stark diversifizierten Wirtschaft in Liechtenstein halte ich in Anbetracht des Mangels an Arbeitskräften und des Mangels an erschlossenen Bauplätzen eine Standortförderung für wenig sinnvoll. Ich bin davon überzeugt, dass wir das entsprechende Geld besser in die Ausbildung der Bevölkerung stecken. Das bringt viel mehr.

In der Schweiz war in den letzten Wochen die Steuerpauschalierung für reiche Ausländer in die Schlagzeilen geraten. Könnten Sie sich eine Ausweitung der Attraktivität dieser Möglichkeit in Liechtenstein vorstellen?

Ich glaube nicht, dass wir das notwendig haben. Das war in der Vergangenheit einmal von Vorteil, als uns die heutige Steuerkraft noch fehlte. Wenn ich mir die aktuellen Steuerrechnungen anschau, stelle ich fest, dass nicht nur der Staat, sondern auch die Gemeinden erhebliche Überschüsse in den laufenden Rechnungen produzieren. Somit sehe ich die Ausweitung der Steuerpauschalierung nicht als Notwendigkeit an. Man setzt sich dabei auch relativ rasch der Kritik aus. Da ist es wichtiger, generell die Steuern zu senken.

Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist ja vor allem dann nicht so einfach, wenn es sich um Menschen einer anderen Kultur und einer anderen Religion handelt. Für wie notwendig erachten Sie es, gezielte Massnahmen zur Förderung der Integration von Muslimen in Liechtenstein zu setzen?

Es ist sehr wichtig, dass der Dialog zwischen den Religionen aufrechterhalten wird. Von grosser Bedeutung ist auch die Frage der Ausbildung. Die Erfahrungen anderer Staaten lehren uns, dass es immer wieder zu Problemen kommt, wenn diese Minoritäten über keine entsprechende Ausbildung verfügen. Insbesondere kann man nicht genug betonen, dass die sprachliche Integration die wichtigste Voraussetzung für eine Integration darstellt.

Die Integration eines Schülers wird schwierig werden, wenn der Vater vielleicht nur gebrochen Deutsch spricht und die Mutter überhaupt kein Deutsch kann. Unser Schulsystem ist aber de facto stark darauf aufgebaut, dass man zu Hause die Unterrichtssprache spricht. In einem Elternhaus, in dem nicht Deutsch gesprochen wird, sind fremdsprachige Schüler benachteiligt. Es kann ihnen niemand bei den Hausaufgaben helfen. Auch in der Schule sind sie isoliert, wenn sie schlecht Deutsch sprechen.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass sie an den liechtensteinischen Schulen noch mit dem Dialekt konfrontiert werden. Wir müssen Wert darauf legen, dass in der Schule Hochdeutsch gesprochen wird, sonst haben die fremdsprachigen Kinder keine Chance, sprachlich integriert zu werden. Abgesehen davon benachteiligt der Dialekt ja auch unsere eigenen Kinder. Jugendliche, die sich auf Hochdeutsch nicht ausdrücken können, haben in unseren international ausgerichteten Unternehmen kaum Aufstiegschancen, gleichgültig ob sie nun perfekt Dialekt oder Türkisch sprechen.

Die Minarett- und Friedhofsdiskussion im Zusammenhang mit der Integration von Muslimen wird in unseren Nachbarländern intensiv geführt. Wie sehen Sie solche Integrationsmassnahmen für Liechtenstein?

Ich bin dafür, dass wir auch in Liechtenstein Friedhöfe für Muslime schaffen. Wir müssen uns für die Religionsfreiheit einsetzen. Wir Christen erwarten ja auch, dass den christlichen Minoritäten in den mohammedanischen Ländern die Möglichkeit gewährt wird, ihre Kirchen und Friedhöfe zu haben und nach ihren Riten begraben zu werden. Wenn wir uns dagegen wehren, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Wie wollen wir uns dann für die Religionsfreiheit der Christen in mohammedanischen Ländern einsetzen? Man würde uns mit Recht vorwerfen, dass wir mit zweierlei Massstäben messen.

Mit der Befürwortung der Errichtung eines Minaretts in Liechtenstein, beispielsweise in Eschen, wird man aber an den Stammtischen nicht besonders punkten können!

Dann müssen sich die Herrschaften an den Stammtischen aber auch dafür einsetzen, dass man alle christlichen Kirchtürme, Kirchen und Klöster in den mohamedanischen Staaten schleift. In diesem Zusammenhang gilt es festzuhalten, dass die mohamedanischen Länder lange Zeit toleranter als wir Christen waren. Wenn wir intolerant sind, dürfen wir uns auch nicht beklagen, wenn die anderen intolerant sind. Das muss man selbst am Stammtisch einsehen.

Sie haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass Ihnen eine klare Trennung von Staat und Kirche ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen ist. Ist nach Ihrer Einschätzung die Zeit nun reif dafür, dass die Politik dies ernsthaft in Angriff nimmt?

Ich habe schon vor zwanzig Jahren gehofft, dass die Zeit dafür reif ist. Es wäre schön, wenn wir die Trennung von Kirche und Staat endlich vollziehen könnten.

Worin sehen Sie die Hauptschwierigkeit, dass in Sachen Trennung von Staat und Kirche praktisch noch nichts vorwärtsgegangen ist. Liegt es vor allem an den vielfältigen vermögensrechtlichen Verknüpfungen zwischen Kirche und Staat?

Ich glaube, es liegt am fehlenden politischen Willen. Die vermögensrechtlichen Verknüpfungen liessen sich leicht lösen. Bei einer Trennung von Kirche und Staat kann es keine Staatskirchen und keine Gemeindekirchen geben, sondern die Kirchen müssen den Religionsgemeinschaften gehören. Was die Finanzierung der Religionsgemeinschaften betrifft, gibt es meines Wissens bei einer klaren Trennung von Kirche und Staat nur zwei Modelle, die sich in der Praxis bewährt haben:

Erstens: Das amerikanische Modell, bei dem Spenden an die Religionsgemeinschaften von den Steuern abgezogen werden können.

Zweitens: Das italienische Modell, bei dem der Steuerzahler über einen Teil seiner geschuldeten Steuern selbst entscheiden kann, ob sie einer Religionsgemeinschaft seiner Wahl oder einem anderen Zweck zufließen sollen.

Das Projekt «Trennung von Staat und Kirche» sollte ja nicht zusätzlich die Verfassungsdiskussion belasten. Mitte März jährt sich nun zum vierten Mal die Verfassungsabstimmung, die Sie mit 64,3 gewonnen haben. Was ist nach Ihrer persönlichen Einschätzung vom zum Teil sehr emotional ausgetragenen Verfassungsstreit heute noch spürbar und worin äussern sich allfällige Nachwehen?

Es ist im Grunde genommen das eingetreten, was ich mir erwartet habe, dass sich nämlich die Situation beruhigt hat. Natürlich gibt es immer wieder einmal Stimmen, die sich zur Verfassung kritisch äussern. Aber das ebbt jetzt langsam ab.

Auch die damaligen Gegner haben sich weitestgehend mit der Situation abgefunden. Es bleibt ihnen ja auch nicht viel anderes übrig, wenn man sich das Abstimmungsergebnis anschaut. Diese Kreise waren ja weder mit der alten Verfassung noch mit der jetzigen Verfassung einverstanden. Sie müssen sich damit abfinden, dass rund 84 Prozent anderer Meinung sind und nur 16 Prozent eine schwache Monarchie wollten. Daran wird sich auch in Zukunft nicht viel ändern. Ich gehe sogar davon aus, dass heute nur mehr etwa zehn Prozent eine grundlegende Änderung wollen.

In der Verfassungsdiskussion war ja auch immer wieder vom Beamtengesetz aus dem Jahre 1938 die Rede, das wegen Ihrer Sanktionsverweigerung nie einer Totalrevision unterzogen werden konnte. Jetzt soll es durch ein zeitgemässes Personalrecht ersetzt werden. Wie stehen Sie heute zu einem solchen Gesetzesvorhaben?

Grundsätzlich positiv. Mein Einwand war damals, dass die Reform des Beamtengesetzes nicht verfassungskonform war und man sich nicht einfach über die Verfassung hinwegsetzen darf. Wenn man in einem Rechtsstaat ein Gesetz beschliesst, muss es der Verfassung entsprechen. Die Verfassung wurde 2003 angepasst und somit sehe ich für das neue Personalrecht keine grossen Schwierigkeiten mehr.

Durchlaucht, wie beurteilen Sie generell die Arbeit der jetzigen Koalitionsregierung? Kann man von einer «Reformkoalition» sprechen?

Ja, ich glaube, es ist doch einiges erreicht worden und eine Reihe von anderen Projekten sind auf gutem Wege. Ich beurteile die Arbeit der Koalition positiv, obwohl ich ursprünglich aus grundsätzlichen und eher theoretischen Erwägungen sehr skeptisch gegenüber einer grossen Koalition eingestellt war. Im Grossen und Ganzen ist für unser kleines Land die grosse Koalition keine schlechte Lösung. Es kommt hinzu, dass eine direkte Demokratie und eine starke Monarchie die Gefahr einer Parteiendiktatur entscheidend reduziert.

Auch wenn es immer wieder da und dort parteipolitische Zwischentöne gibt?

Das gehört dazu. Wir sehen dies ja auch bei unseren beiden Nachbarstaaten, Österreich und Schweiz, die mit grossen Koalitionen leben. Selbst Deutschland ist zu einer grossen Koalition zurückgekehrt. Ich glaube, die grosse Koalition stellt doch ein Modell dar, das durchaus seine Berechtigung hat.

Was sind für Sie bei der Beurteilung der Ergebnisse der Gemeinderatswahlen 2007 die prägenden Elemente?

Wenn man die Mandatsverteilung unter den Parteien landesweit und jeweils gemeindebezogen betrachtet, stellt man fest, dass sich nicht so viel verändert hat. Bei den Veränderungen an der Gemeindeg Spitze spielen viele lokale und personenbezogene Umstände eine Rolle.

Alle drei im Landtag vertretenen Parteien haben sich für die zweite Hälfte der Mandatsperiode 2005 bis 2009 die Familienpolitik auf die Fahne geschrieben, allerdings mit unterschiedlichen Betonungen. Familienfördernde Massnahmen kosten aber sicher Geld? Wie sieht nach Ihrer Ansicht eine sinnvolle Familienpolitik aus?

Ich habe den Eindruck, dass die vielschichtige Problematik rund um die Familie nicht so sehr eine Geldfrage, sondern vielmehr eine Frage des Zeitgeistes ist. Wir leben, zumindest in unserer westlichen Welt, in einem zivilisatorischen und kulturellen Umfeld der Kleinstfamilien mit wenig Kindern oder gar keinen Kindern. Heute sind das Geldverdienen, der Job, das Reisen und das Fernsehen oft wichtiger als Kinder. Für Kinder fehlt häufig die Zeit. So betrachtet handelt es sich mehr um ein zivilisatorisches als um ein finanzielles Problem. Es geht hier grundsätzlich um eine Einstellungsfrage. Ob man da mit Geld viel erreichen kann, möchte ich bezweifeln.

Das Wetter spielt immer mehr verrückt. Beim Thema Klimaschutz findet derzeit eine starke Sensibilisierung der Bevölkerung statt. Welchen realistischen Beitrag kann Liechtenstein zur Einbremsung des Klimawandels überhaupt leisten?

Grundsätzlich nur sehr wenig. Wenn man sich die Erdgeschichte anschaut, stellt man fest, dass unser Planet immer grossen Klimaschwankungen ausgesetzt war. Über die letzten zehntausend Jahre hatten wir eine sehr stabile Klimaperiode. In der Eiszeit hatten wir aber auch Zeiträume, in denen es innerhalb von hundert Jahren plötzlich wärmer als heute wurde. Damit will ich aber keinesfalls sagen, dass der Mensch keinen Einfluss auf das Klima hat. Selbstverständlich sollte der Mensch etwas gegen den Klimawandel unternehmen. Nur ist dies kein leichtes Unterfangen. Ich glaube, dass es einfacher ist, neue Umwelttechnologien einzuführen, als die Menschen in ihrem Verhalten zu ändern.

Wann kommt Ihr Buch mit dem Arbeitstitel «Der Staat im dritten Jahrtausend» in die Buchhandlungen?

Das Manuskript liegt jetzt bei einigen englischsprachigen Verlagen, weil ich das Buch zuerst auf Englisch herausbringen möchte. Ich muss jetzt abwarten, wie die entsprechenden Angebote lauten. Wenn das so weit gediehen ist, werde ich mich um die deutsche Ausgabe bemühen.

Kommt das Buch aber noch in diesem Jahr heraus?

Ich hoffe schon. Das hängt jetzt weitestgehend vom Verlag ab.

Am 30. Juli 1967 haben Sie mit Fürstin Marie in Vaduz Hochzeit gefeiert. Durchlaucht, wie werden Sie mit Ihrer Frau den 40. Hochzeitstag begehen?

Ich nehme an, dass wir unseren 40. Hochzeitstag ganz «en famille», das heisst mit den Kindern und auch Enkelkindern, feiern werden.

Durchlaucht, was wünschen Sie sich zu Ihrem 62. Geburtstag?

Ich hoffe, dass sich das Fürstenhaus weiterhin zum Wohl des Landes einsetzen kann.

Durchlaucht, herzlichen Dank für das Gespräch.